



# **STOPPT DEN KRIEG!**

## **BESATZUNG IST KEINE BEFREIUNG!**

*Der Krieg gegen Irak konnte trotz millionenfacher Proteste weltweit nicht verhindert werden. Das erdölreiche und strategisch wichtige Land wurde von den USA und Großbritannien militärisch besetzt. Vor dem Hintergrund anhaltender Widerstandsaktivitäten gegen die verhassten US-Truppen am Golf will Washington nun weitere Länder in das Besatzungsregime einbinden. So wurde inzwischen auch die kriegskritische Haltung der Bundesregierung von einer Debatte um die Beteiligung an der Besatzung abgelöst.*

*Während der Krieg in Irak weiter geht, werden die Weichen für neue Kriege und Erpressungen gestellt. Die USA bedrohen Nordkorea, Iran, Syrien und Kuba. Die EU zog im Kongo in ihren ersten offiziellen Kampfeinsatz. Und Deutschland soll auch am Hindukusch verteidigt werden.*

*Die tägliche Berichterstattung folgt Argumentationsmustern, mit denen Kriege und imperiale Politik gerechtfertigt werden sollen: Sei es der „internationale Terrorismus“, die Bedrohung unserer Wertvorstellungen, Massenvernichtungswaffen oder humanitäre Katastrophen. Mit einigen der gängigen Behauptungen setzt sich dieses Flugblatt auseinander.*

## Behauptung Nr. 1

---

### **Der Krieg hat Irak befreit – der Erfolg rechtfertigt den Krieg**

Der von den USA am 20. März 2003 begonnene „Präventivkrieg“ gegen Irak verletzt die UN-Charta und die Genfer Konvention. Das internationale Recht verbietet Angriffskriege.

Durch diesen Krieg wurden die irakische Regierung und der Präsident Hussein gestürzt. Trotzdem gibt es wenig Grund anzunehmen, dass die irakische Bevölkerung über diese Art der „Befreiung“ erfreut ist.

Unabhängige Beobachter gehen davon aus, dass bei den massiven US-Bombardements auf Stellungen der irakischen Armee mehrere Zehntausend Soldaten getötet wurden. Darüber hinaus kamen bei der „Operation Iraqi Freedom“ mehrere Tausend irakische Zivilisten ums Leben. Absehbar sind die tausendfach tödlichen Langzeitfolgen durch den Uranwafeneinsatz, durch verseuchtes Wasser, Unterernährung bei Kindern und ungenügende Gesundheitsversorgung. Die zivile Infrastruktur, Strom- und Wasserversorgung, Krankenhäuser und Transportwege sind schwer beschädigt. Die systematische Plünderung, Zerstörung und Brandschatzung von Museen, öffentlichen Einrichtungen und Ministerien zielte auf die Zerstörung irakischer Kultur und wurde von den US-amerikanischen Truppen bewusst geduldet.

Irakische Frauen hatten seit den 1970er Jahren vergleichsweise viele Rechte und Möglichkeiten in Bildung und Beruf. In der Zeit des Embargos und insbesondere durch den Krieg hat sich ihre Situation verschlechtert. Angriffe auf Frauen und Vergewaltigungen nehmen drastisch zu. Wegen der Unsicherheit gehen viele Frauen nicht mehr aus dem Haus.

Die Situation der Kurdinnen und Kurden im Nordirak scheint besser als je zuvor, doch ist fraglich, ob das Bestand haben wird. Die Zugeständnisse der Besatzungsmächte an die Kurden sind in jedem Fall begrenzt und orientieren sich am US-Interesse. Auch die Absichten des türkischen Militärs, das bereits im Nordirak steht, sind unklar.

„Irak ist jetzt in fast vollständigem Chaos. Die Iraker vergleichen jetzt Saddam Husseins Fähigkeit, die Stromversorgung nach dem Krieg 1991 wiederherzustellen mit dem offensichtlichen Unvermögen der USA das zu tun“, resümiert der Wirtschaftswissenschaftler Isam Al Khafaji, der im Mai nach Irak zurückkehrte, um auf Einladung der USA im Rat für Wiederaufbau und Entwicklung mitzuarbeiten. Am 9. Juli beendete er diese Mitarbeit, weil er befürchtete, dass sie zur Kollaboration mit den Besatzungsmächten führen würde. Solche kritischen Stimmen, aber auch der anhaltende Widerstand in Irak machen deutlich, dass Irak nicht befreit, sondern militärisch besetzt wurde.

## Behauptung Nr. 2

---

### **Die Bundesregierung war gegen den Krieg und hat sich nicht beteiligt**

Die Bundesregierung hat sich deutlich gegen einen Krieg ausgesprochen und damit viele Sympathien in der internationalen Friedensbewegung erlangt.

Doch diesem „Nein“ der deutschen Regierung folgten keine Taten. Im Gegenteil: Außenminister Fischer verkündete im Dezember 2002, ein Angriff auf Irak sei auf Grundlage der UN-Resolution 1441 zulässig. Ein Großteil der kriegsrelevanten Transporte mit Soldaten und Kriegsmaterial liefen über

Militärflugbasen und Häfen in Deutschland. Zentral waren Frankfurt Airbase, Ramstein und Spangdahlem. Von Frankfurt gingen zeitweise bis zu 60 Transporte am Tag nach Qatar. Den USA und Großbritannien wurden die Überflugrechte und die Nutzung von Militärbasen in Deutschland nicht verweigert. Aus Geilenkirchen starteten fast täglich Awacs-Aufklärungsflugzeuge. 2700 Bundeswehrsoldaten bewachten US-Kasernen und ersetzten damit an den Golf abkommandierte US-Soldaten.

So steht hinter diesem „Nein“ zum Krieg nicht eine friedensorientierte deutsche Außenpolitik: Vor dem Hintergrund innenpolitischer Probleme hat die rot-grüne Regierung mit dieser Antikriegshaltung die Bundestagswahl im September letzten Jahres gewonnen. Gleichzeitig protestierte sie gegen den Alleingang der USA, der für Deutschland nur noch eine Statistenrolle vorsah und deutsche Wirtschaftsinteressen in Irak nicht berücksichtigte.

Derzeit wird in Deutschland der Einsatz von Truppen in Irak diskutiert. Den USA ist angesichts der zugespitzten Situation und des Widerstandes sowohl in Irak als auch in Afghanistan jede Entlastung ihrer Truppen recht, solange der US-Führungsanspruch nicht in Frage gestellt wird. So bedeutet auch die vorgesehene Ausweitung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan eine Unterstützung der globalen US-Politik.

## Behauptung Nr. 3

---

### **Der Krieg gegen Terror und Massenvernichtungswaffen muss weiter gehen**

Die angebliche Existenz von Massenvernichtungswaffen und die Unterstützung des internationalen Terrorismus gelten als Hauptgründe für den Krieg gegen Irak. Mit gezielten Fehlinformationen wurde dieser Krieg legitimiert. Bis heute wurden jedoch weder derartige Waffen gefunden noch eine Verbindung beispielsweise zu Al Qaida nachgewiesen.

Der US-amerikanische Kampf gegen den Terror trifft genau die Regionen der Welt, in denen die USA zentrale ökonomische und strategische Interessen verfolgen: die Golfregion, Zentralasien und – oft vergessen – Lateinamerika. In offiziellen Veröffentlichungen wurden schon vor Jahren die Szenarien zur Durchsetzung dieser Interessen erläutert: Diese reichen von ökonomischer Erpressung über militärische Drohungen bis zum kriegsgerichteten Angriff.

So entpuppt sich der Krieg gegen den Terror als Kampf der USA um möglichst uneingeschränkte Weltherrschaft. Als Terroristen bekämpft werden Staaten und Organisationen, die diesem imperialen Streben im Wege stehen – egal ob sie zuvor wie Irak oder Afghanistan durch jahrzehntelange Hilfe des Westens militärisch aufgebaut wurden oder ob sie unabhängig von westlicher Vereinnahmung für Selbstbestimmung und Befreiung kämpfen. Die Frage der Massenvernichtungswaffen ist ein Vorwand, denn der Westen besitzt die weitaus größten Arsenale an atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Anstrengungen zur Abrüstung und zum Stopp aller Rüstungsexporte werden torpediert. Die grundsätzliche Frage nach der Beseitigung der weltweiten sozialen Ungleichheit wird ignoriert.

## Behauptung Nr. 4

---

### **Das Völkerrecht ist den aktuellen Konflikten nicht gewachsen**

Bereits seit dem Irakkrieg 1991 wird eine Debatte über eine Reform des Völkerrechts geführt, die in den letzten Jahren

intensiviert wurde. Insbesondere das Verbot des Einsatzes militärischer Gewalt und die Souveränität und territoriale Integrität von Staaten werden in Frage gestellt. Mit dieser Diskussion fordern die Brandstifter die Legalisierung ihrer Angriffskriege.

Zwar segneten auch Deutschland, Frankreich und Russland mit der Resolution 1483 des UN-Sicherheitsrates den Irakkrieg nachträglich ab und stimmten damit der US-amerikanischen und britischen Fremdherrschaft im Irak zu. Doch die Völkerrechtswidrigkeit dieses Krieges wird in rechtswissenschaftlichen Kreisen nicht in Zweifel gezogen. Vor diesem Hintergrund soll nun das Völkerrecht „reformiert“ werden.

Derartige Reformen werden die Hemmschwelle zum Einsatz von Gewalt senken, die Beweislast umkehren und Präventivkriege rechtfertigen. Das Völkerrecht wird bereits heute missbraucht zur Durchsetzung nationalstaatlicher und wirtschaftlicher Interessen. Eine Reform würde insbesondere schwache Länder endgültig der Willkür der westlichen Welt unterwerfen.

## **Behauptung Nr. 5**

---

### **Europa muss eine vollwertige Militärmacht werden**

Der derzeitige Militäreinsatz im Kongo ist der erste Kampfeinsatz der Europäischen Union. Viele Aspekte belegen, dass dabei die humanitären Gründe vorgeschoben sind und der Kongo-Einsatz die Generalprobe für zukünftige EU-Militäreinsätze darstellt.

Vier Jahre lang ignorierte die EU die insgesamt etwa drei Millionen Toten im Kongo. Jene Staaten, insbesondere Frankreich, die wesentlich am Erhalt des Konflikts beteiligt sind, entsandten im Juli ihre Soldaten. Dabei geht es um den Handel mit Diamanten, Edelmetall, Tropenhölzern und ähnlich gewinnträchtigen Produkten. Ein Tochterunternehmen des Bayer-Konzerns etwa war lange Zeit weltweit größter Abnehmer für Coltan, ein Edelmetall, das unentbehrlich für Hightechprodukte wie beispielsweise Handys ist. Mit den so ins Land fließenden Geldern wird ungehindert der Waffenhandel zwischen Uganda, Ruanda und den am Konflikt beteiligten Milizen finanziert. Soldaten und Waffen sind auch hier nicht die Lösung, sie sind das Problem.

Auf dem EU-Gipfel in Thessaloniki im Juni 2003 übernahm die EU die Interventionsstrategie der US-Regierung. Nun will auch die Europäische Union beim Kampf gegen „Terrorismus und Massenvernichtungswaffen“ militärisch agieren. Die EU will in ihrer Außenpolitik die „Schwelle zu Eingriffen, auch zu militärischen“ senken.

## **Behauptung Nr. 6**

---

### **Deutschland muss am Hindukusch verteidigt werden**

Es wird „verteidigt“: ob in Afghanistan oder (präventiv) in Irak, Verteidigung gegen Terror, „Verteidigung unserer Wertvorstellungen“ (Kanzler Schröder). Die Landesverteidigung steht für die Bundeswehr „nicht mehr an der ersten Stelle“, aber „die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt“, sagte Verteidigungsminister Struck, als er am 5. Dezember 2002 die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien ankündigte. Mit solch einer Rhetorik wird jeder westliche Militäreinsatz zur Verteidigung umdefiniert.

Bereits die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 des damaligen Ministers Rüge definierten die „Aufrechterhaltung

des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ als deutsches Sicherheitsinteresse. Die Bundeswehr wird seitdem zu einer Interventionsarmee für weltweite Einsätze umstrukturiert. Die rot-grüne Regierung führte das deutsche Militär erstmals nach 1945 wieder in den Krieg. „Humanitäre Intervention“ hieß der völkerrechts- und grundgesetzwidrige Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999.

Die globale Orientierung der politischen und wirtschaftlichen Eliten wird deutlich: Deutschland soll seine wirtschaftlichen Interessen weltweit auch kriegerisch durchsetzen.

## **Behauptung Nr. 7**

---

### **Außenpolitische Handlungsfähigkeit erfordert auch innenpolitische Modernisierung**

„Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Emanzipation im Äußeren und den Reformen zur Wiedererlangung der ökonomischen Kraft“, verkündete Kanzler Schröder: Den milliardenschweren Ausgaben für die Bundeswehr, für den „Kampf gegen den Terror“ und für Militäreinsätze im Ausland stehen einschneidende Kürzungen sozialer Leistungen gegenüber.

Diesem Sozialabbau ging im Zuge der hoch gekochten Terrorrängste nach dem 11. September 2001 der Abbau demokratischer Rechte voran: neue „Terrorismus“-Paragrafen, Ausweitung der geheimdienstlichen Rechte, Rasterfahndung, neue Sondergesetze gegen Ausländerinnen und Ausländer.

Die repressive und unsoziale deutsche Innenpolitik ist nicht zu trennen von der aggressiven Außenpolitik.

## **Behauptung Nr. 8**

---

### **Eine militärisch abgesicherte Weltinnenpolitik schafft Frieden**

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist eine ständige Zunahme der weltweiten Kriegsbelastung in Asien, Afrika, Lateinamerika und im Nahen Osten zu beobachten. Die Zentren der kapitalistischen Welt sind kaum von Kriegen betroffen. Gleichzeitig wirken insbesondere die USA, Großbritannien und Frankreich an einer Vielzahl von Kriegen direkt mit.

Der Anteil ziviler Opfer nimmt zu. Zu den Opfern von Gewaltkonflikten sind außerdem ein Großteil der Mitte der 1990er Jahre weltweit über 18 Millionen Flüchtlinge und 24 Millionen, die als Vertriebene im eigenen Land leben, hinzuzuzählen.

Die nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation erhoffte „Friedensdividende“ blieb aus. Der Irakkrieg 1991 beendete die Illusion eines weltweiten Friedensprozesses. Während insbesondere die Berichte aus Irak, Afghanistan oder auch Kongo die öffentliche Wahrnehmung bestimmen, bleibt die große Mehrzahl der kriegerischen Konflikte unbeachtet.

Der Irakkrieg 2003 hat deutlich gezeigt, dass es den Protagonisten einer neuen Weltordnung nicht um Humanität und nicht um verbindliche internationale Regeln geht, sondern um die Interessen einer Minderheit, die an derartigen Kriegen gut verdient. Nicht internationale Polizei- oder Interventionstruppen garantieren Frieden, weder mit noch ohne UN-Mandat. Die Frage von Krieg und Frieden ist eine grundsätzliche Frage des globalen politischen Systems.

# **STOPPT DEN KRIEG!**

**Gegen die Kriegs- und Besatzungspolitik  
der USA und ihrer Verbündeten!  
Schließung ihrer Militärbasen in Deutschland!**

**Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr!  
Auflösung der EU-Militärstrukturen!  
Austritt aus der Nato!**

**Verteidigung des Völkerrechts!  
Für Frieden und Gerechtigkeit!**



**Unterstützerinnen und Unterstützer:** Bonner Friedensbündnis, Antikriegsgruppe Bonn, Arbeitskreis Israel/Palästina e.V.i.G., Bonner Arbeitskreis für internationale Solidarität, Deutscher Friedenskerverband e.V. – Gruppe Bonn, DFG/VK Bonn, DKP Bonn/Rhein-Sieg, FAKT Bonn/Rhein-Sieg, Palästinensische Gemeinde Bonn, Palästinensischer Kulturverein Bonn, PDS Bonn, Weltladen Bonn, Bremer Friedensforum, Friedensforum Duisburg, Initiativ e.V. – organisiert im Antifaschistischen Komitee Duisburg, Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen, PDS/Offene Linke Liste Moers, Junge Linke Wesel, PDS-Kreisverband Wesel, Magic Street Voices Singer/Songwriter ([www.magic-street-voices.de](http://www.magic-street-voices.de)), Iranisches Arbeiter Solidaritäts Netzwerk (IASN)

**Spendenkonto:** D. Kirsche, Stichwort: Frieden, Kto.-Nr. 3270165, Sparda-Bank, BLZ 37060590

**Kontakt:** Email [kontakt@frieden-bonn.de](mailto:kontakt@frieden-bonn.de), Webseite [www.frieden-bonn.de](http://www.frieden-bonn.de)